

# Nehmt es von den Kindern

Die Zukunft der Schulsozialarbeit in Bielefeld stand lange auf der Kippe. Jetzt wird sie doch finanziert. Das finden viele gut und fragen lieber nicht, woher das Geld kommt. Von Ulrich Zucht

»Das ist ein guter Tag für Bielefeld«, jubilierte der Bielefelder SPD-Landtagsabgeordnete Günter Garbrecht vor einem halben Jahr. Grund für diese Freude: Die Schulsozialarbeit in Bielefeld und anderen Kommunen NRWs wird bis ins Jahr 2017 fortgeführt. »Schulsozialarbeit trägt (...) dazu bei, individuelle und gesellschaftliche Benachteiligungen durch besondere sozialpädagogische Maßnahmen auszugleichen«, erklärt Garbrecht und ergänzt, die Landesregierung stehe zu ihrem Prinzip »Kein Kind zurücklassen!«.

Ob die Schulsozialarbeit fortgeführt wird, stand lange in Frage. Bis Ende 2014 hatte der Bund die Kosten als Teil des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) übernommen, das es Kindern aus Familien mit geringem Einkommen ermöglichen sollte, bei Ausflügen und Ferienfreizeiten mitzufahren, Sport- und Musikangebote zu nutzen, am Mittagessen in der Schule oder im Kindergarten teilzunehmen oder Nachhilfe zu nehmen.

## Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Als die Finanzierung auslief, schoben sich Bund, Land und Kommunen gegenseitig die Verantwortung zu, wer die Kosten zukünftig übernimmt – bis schließlich die rot-grüne Landesregierung eine Förderung für die kommenden drei Jahre in Höhe von jährlich 48 Millionen Euro zusagte. Das reicht aber nicht. Das fehlende Geld müssen die Kommunen nun selbst aufbringen. In Bielefeld



FOTO: VEIT METTE

Das Ideal: Arbeit mit Kindern. Dabei müssen Schulsozialarbeiter Eltern oft zeigen, wie sie komplizierte Anträge stellen.

sind das bis zum Jahr 2017 über zwei Millionen Euro.

Da erinnerten sich Verwaltung und Politik an die nicht ausgezahlten BuT-Restmittel aus den Vorjahren. Dass überhaupt Mittel nicht beansprucht wurden, liegt nicht zuletzt am diskriminierenden und bürokratischen Antragsverfahren. »Das Bildungs-

Teilhabepaket ist völlig vermurkst und nicht zu reparieren. Es wird entsprechend auch nur unzureichend abgerufen«, erklärte jüngst der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Ulrich Schneider. »Die Wege sind zu bürokratisch, die 10-Euro-Gutscheine im Monat für den Sportverein oder die Musik-

schule geradezu beschämend niedrig.« Die Gewährung der Hilfe ist oft von der Kulanz der Sachbearbeiter vor Ort abhängig – so wird Soziales Recht wieder zur bittstellenden Fürsorge, die nicht mehr auf gesichertem Rechtsanspruch beruht. Der Verband fordert deshalb die Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets und stattdessen einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz.

Bei diesem Verfahren wundert es nicht, dass Mittel übrig blieben. Und weil die Bundesregierung nicht vorgegeben hat, wie diese Restgelder zu verwenden sind, kann es jetzt in der Verwaltungsvorlage für die Fortführung der Schulsozialarbeit heißen: »Dem Haushalt der Stadt Bielefeld entsteht keine zusätzliche Belastung, da die Restmittel BuT-Schulsozialarbeit bereits zur Projektfinanzierung an die REGE mbH transferiert wurden und – die sich in der Rücklage im Sozialamt befindlichen Mittel – bereits im Jahr 2011 zugeflossen sind.«

Ulrike Gieselmann von der Sozialberatungsstelle Widerspruch e.V. ärgert, wie das Geld umgewidmet wird. Sie hatte schon vor drei Jahren in einem Offenen Brief an den Sozialdezernenten der Stadt gefordert, »jedem der 17.775 berechtigten Kinder einen einmaligen Beitrag von 125 Euro direkt und unbürokratisch ausbezahlen.« Stattdessen beraten jetzt Schulsozialarbeiter Eltern, wie sie die komplizierten BuT-Anträge stellen können.

## IN KÜRZE

### Vollsperrung Jöllenbecker

Von April bis November wird die Jöllenbecker Straße in beide Richtungen gesperrt. Der Kanal zwischen Weststraße und Heisenbergweg wird saniert, aber wegen einer neuen »Arbeitsstättenregel über Straßenbaustellen« droht dann der Verkehrskollaps: Weil das Baustellenpersonal vor den Gefahren des Verkehrs geschützt werden soll.

### Wasserspiel kommt

Im Bürgerpark bauen die Stadtwerke ab diesem Frühjahr ein Wasserspielplatz. Und die Stadtwerke übernehmen dafür sogar alle Kosten. Anlass: Das 125-jährige Jubiläum der ersten Wasserversorgung in Bielefeld.

## Gelegentliches Aufploppen

Vor einem Jahr beantragte Die Linke im Rat, die Kaselowskystraße umzubennnen. Mario A. Sarcletti hat sich das Thema auf Wiedervorlage gelegt

Immer wieder taucht er im Bielefelder Diskurs zur NS-Vergangenheit auf: Richard Kaselowsky – Backpulver-König, Nazi, großzügiger SS-Spender und Stiefvater von Rudolf-August Oetker. Erstmals 1968, als die neue Kunsthalle auf Wunsch des »Puddingkönigs«, der ein Drittel der Baukosten bezahlte, den Namen Richard-Kaselowsky-Haus erhielt.

Nachdem die rot-grüne Ratsmehrheit im Jahr 1998 den Namen – wie 30 Jahre zuvor gab es heftige Diskussionen – gestrichen hatte, versöhnte die Stadt ihren Ehrenbürger 2001 mit der Umbenennung der Hoch- in Kaselowsky-Straße. Auch dagegen wurden immer wieder Stimmen laut. Als 2013 Historiker die Studie »Dr. Oetker und der Nationalsozialismus« veröffentlichten, sah »Die Linke« die Zeit gekommen, den Namen Kaselowsky aus dem Stadtbild zu tilgen. Im November 2013 stellte sie einen Antrag auf Rückbenennung der Straße in der Bezirksvertretung Mitte, im Mai 2014 im

Rat (»Viertel« Nr. 24). Der wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, auch mit den Stimmen von SPD und Grünen, in deren Reihen es ebenfalls Vorbehalte gegen den Namen eines Nazis im Stadtbild gibt. »Die Linke« wolle mit dem Thema Wahlkampf machen, hieß es unter anderem.

Georg Fortmeier, Fraktionsvorsitzender der SPD, versprach in der Debatte drei Wochen vor der Kommunalwahl aber, das Thema »in der nächsten Wahlperiode wieder aufzunehmen«. Passiert ist seither nichts, auch von der »breiten zivilgesellschaftlichen Diskussion unter Beteiligung der Familie Oetker«, die sich Klaus Rees (Grüne) statt einer sofortigen Umbenennung der Straße wünschte, keine Spur. »Es gibt eine Arbeitsgruppe beim »Bündnis gegen Rechts«, sagt er heute auf die Frage nach dieser »breiten« Diskussion.

Das Bündnis hatte vor einem Jahr eine Steilvorlage vor allem für SPD und Grüne für die

Ablehnung des Linken-Antrags geliefert. In einem Offenen Brief appellierte es »an die im Rat vertretenen Parteien und Wählergemeinschaften so kurz vor der Kommunalwahl keine Anträge zu stellen und abzustimmen, die nicht ausreichend vorbereitet wurden«. Mehrere Redner im Rat beriefen sich auf den Brief. Dessen Forderung, dass der neue Rat das Thema »zeitnah« auf seine Agenda setzt, blieb bisher aber fruchtlos. Klaus Rees erklärt das so: »Es gibt in der Kommunalpolitik auch andere Themen. Das Thema Flüchtlinge hat für mich zum Beispiel zur Zeit höhere Priorität.«

Ganz vergessen ist die Kaselowskystraße aber doch nicht. »Manchmal ploppt das Thema auf – letzte Woche haben sich zwei Studentinnen bei mir nach dem Thema erkundigt«, berichtet Rees. Demnächst könnte es noch öfter aufploppen: In diesem Semester läuft an der Fakultät für Geschichtswissenschaft das Projektseminar »Bielefelder Straßennamen«.

Anzeigen

**Mit Leib und Seele**  
Körperorientierte Psychotherapie

Petra Dutz Psychotherapie (HPG)  
Marktstraße 16  
33602 Bielefeld  
0521 987 5967  
www.kbt-bielefeld.de

**SIMONE HOMANN**  
Lösungsfokussierte  
Beratung & Coaching

www.homann-beratung.de  
Friedenstr. 36 | 33602 Bielefeld  
Tel. 0521 - 12 26 54

**Kaffee  
Wirtschaft**  
Geöffnet Mittwoch und Freitag ab 9 Uhr  
und bei schönem Wetter 15 bis 23 Uhr  
bi-buergerwache.de

**AUCH-DAS-KOMMT-AUS-BIELEFELD.DE**